

SITZUNGSPROTOKOLL DELEGIERTENVERSAMMLUNG 2/10-11

Datum 6. April 2011
Zeit | Ort 14.30 Uhr, OZ Flös, Buchs
Protokollschreiber-/in Esther Probst

Anwesend siehe Gästeliste

Entschuldigt siehe Gästeliste

Abwesend

Gast

Traktandenliste

-
- Begrüssungen
-
1. Aktuelles aus dem KLV
 2. Massnahmenpaket von RR Kölliker für die Lehrpersonen
 3. Stilmittel: Basisbefragung
 4. Sonderpädagogik-Konzept: Vernehmlassungsvorlage
 5. Mitgliederbeitrag 1011/12
 6. Budget 2011/12
 7. Anträge
 - 7A Wahlen
 8. Diverses
 9. Umfrage
-
-

KLV St. Gallen

Esther Probst
Protokollführerin

Nach dem Begrüssungskaffee werden die Delegierten durch Schülerinnen und Schüler der OS Flöss und ihrem Lehrer Philipp Eberhard mit Gitarre und Gesang musikalisch eingestimmt.

BEGRÜSSUNGEN

Barbara Gähwiler, Co-Präsidentin der Sektion Werdenberg, heisst die Anwesenden willkommen. Sie verdankt den musikalischen Einstieg und die Organisation des Anlasses unter der Federführung von Rico von Rotz. Ebenso verdankt sie im Voraus den Apéro, den die 3. Sek Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrpersonen anbieten werden. BG betont, dass in Zeiten wie diesen, in denen der Rotstift im KR regiert und nicht nur Zuversichtliches aus dem BLD kommt, der KLV und das Engagement der Sektionen besonders wichtig sind.

SRP Kathrin Frick begrüsst die Delegierten im Namen der Gemeinde Buchs und stellt kurz die vielfältige Gemeinde vor. Buchs ist erst seit kurzem eine Einheitsgemeinde. Der Schulrat ist eine Kommission und wird vom GR gewählt. KF erklärt die Philosophie der Schulen in Buchs: Konstruktive Gespräche und auch einmal unkonventionelle Lösungen sind wichtig. In der Zusammenarbeit mit den Eltern liegt ein grosses Potential, welches zum Wohle aller ausgeschöpft werden soll. Eine wirkungsvolle und effiziente Zusammenarbeit aller ist zentral. Sie wünscht den Anwesenden eine gelungene Versammlung.

„Das Geheimnis ist gelüftet, RR Kölliker hat in seiner Medienmitteilung vom letzten Freitag die Katze oder vielleicht doch nur ein Kätzchen aus dem Sack gelassen und konkrete Massnahmen zur Stärkung der Lehrpersonen vorgeschlagen.“ Mit diesem einleitenden Satz begrüsst Hansruedi Vogel die Anwesenden und springt mit den Vorschlägen zum Massnahmenpaket mitten ins Thema. Es sollen aber auch das Sonderpädagogikkonzept und die Stilmittel an der heutigen Versammlung ein Thema sein. HV bedankt sich bei den Co-Präsidentinnen Esther Kobelt und Barbara Gähwiler für die Organisation der DV und bei der Gemeinde Buchs für den offerierten Apéro.

Das Einschleusen des Traktandums **7a) Wahlen** wird genehmigt.

Als Stimmzähler werden Emil Keller und Josef Lutz gewählt.

Es sind 95 Delegierte anwesend, das absolute Mehr liegt somit bei 48.

1. AKTUELLES AUS DEM KLV

Schliessung des Medienverleihs (CP/Originaltext)

1946 wurde der Medienverleih gegründet. Bis heute kann der Medienverleih eine gute und moderne Entwicklung aufzeigen. Dies kann vor allem durch die gute Nutzung unterstrichen werden. So werden täglich ca. 60 Medien ausgeliehen, was im Jahr mehr als 11'000 Filme, Dias oder DVD's sind. Das Angebot ist kostengünstig und effizient.

In der letzten Kantonsratssession wurde im Rahmen des Massnahmenpakets zur Entlastung des Sparpakets unter vielen weiteren Einsparungen die Schliessung des Medienverleihs mit 72 gegen 22 Stimmen beschlossen. Nach Intervention des KLV und den Pädagogischen Kommissionen hat sich Regierungsrat Kölliker entschieden, den Medienverleih nicht auf den 1. Januar 2012 zu schliessen, sondern erst wenn eine Alternativlösung zur Verfügung steht. Ebenfalls hat sich die Bildungsgruppe des Kantonsrat, nachdem wir an einem Treffen darüber informiert und die Wichtigkeit des Medienverleihs bekundet haben, bei R.R. Kölliker dafür stark gemacht, dass die Schliessung erst erfolgen kann, wenn die Alternativlösung auf dem Tisch liegt. Mittelfristig soll auf nationaler oder sprachregionaler Ebene eine webbasierte Austauschplattform geschaffen werden. Der Versand von Medien per Post wird durch Streaming und Downloads ersetzt. Offen ist, wann eine solche Lösung zur Verfügung steht.

Freie Schulwahl (CP/Originaltext)

Im Kanton St.Gallen wird es keine Freie Schulwahl geben, auch nicht auf der Oberstufe. Die Initiative der Eltern-Lobby und der Jungfreisinnigen wurde am 13. Februar 2011 deutlich, mit über 80% Neinstimmen, abgelehnt. Für den KLV ist die Ablehnung sehr erfreulich. Noch erfreulicher ist das Resultat. Das Ziel war

es immer, dass die Initiative abgelehnt wird und zwar mit einem deutlichen Resultat, so dass weitere solche Projekte auch zukünftig keine Chance haben und entsprechend erst gar nicht lanciert werden. Mit diesem Abstimmungsergebnis wurde ein klares Signal abgeben.

Der KLV engagierte sich im überparteilichen Komitee „Schulchaosinitiative – Nein“ mit beträchtlichem, auch finanziellem Aufwand gegen die Freie Schulwahl. Der KLV stellte Fr. 11'000 zur Verfügung, wobei Fr. 5000.- aus der Kasse der SLK und Fr. 1000.- aus der Kasse der KRK stammten. Der LCH unterstützte den KLV auch noch mit Fr. 10'000. Daraus resultierte vom KLV total Fr. 21'000 für das überparteiliche Komitee. Das klare Ergebnis hat unsere Anstrengungen belohnt. Wir sind froh, dass es in unserem Kanton weiterhin Oberstufen gibt, welche allen Schülerinnen und Schülern offen steht.

Berufsauftrag (HV/Originaltext)

Der Erziehungsrat hat an seiner Klausurtagung Ende März 2011 den Bericht und die Anträge des Lenkungsausschusses beraten und genehmigt. Die wichtigsten Punkte seien hier erwähnt:

- Schaffung eines neuen Berufsauftrages
- Neuverteilung der Arbeitszeit (keine Reduktion)
- Reduktion des Unterrichtspensums von 28 auf 27 Lektionen
- Flexibilisierung des Unterrichtspensums
- Anpassung des Dienstrechts der Kindergärtnerinnen
- Alternatives Modell für Therapien und Einzelförderung

Weiteres Vorgehen:

Für die gesetzesrelevanten Punkte soll das Gesetz und die Botschaft für einen Nachtrag zum VSG ausgearbeitet werden. Geplant ist die Inkraftsetzung des neuen Berufsauftrags auf das Schuljahr 2012/13 oder auf Anfang 2013. Parallel zum Verfahren im Kantonsrat werden die neuen Weisungen zum Berufsauftrag ausgearbeitet.

Unter Traktandum 2 werde ich auf einzelne Punkte des Berufsauftrages zurückkommen.

Personalgesetz-Rote Karte (HB/Originaltext)

Das neue Personalgesetz, das klare Verschlechterungen für uns Lehrpersonen bringt, wurde vom Kantonsrat angenommen und noch zusätzlich verschärft. Das hat uns in der Personalverbändekonferenz, in der alle Staatsangestellten vertreten sind, dazu bewogen, dem Kantonsrat eine rote Karte zu überreichen. An dieser Stelle möchte ich euch herzlich für die grosse Unterstützung und das fleissige Sammeln von Unterschriften danken. Vielleicht habt ihr über die Aktion in der Zeitung gelesen oder sie im Fernsehen mitverfolgt. Dass der Kantonsrat die rote Karte dann nicht angenommen hat, ist bei uns und den anderen Staatspersonalverbänden nicht gut aufgenommen worden. Deshalb haben wir am letzten Montag die Situation analysiert und unsere Reaktion festgelegt. Weil der Kantonsratspräsident, Herr Locher, die Unterschriften nicht entgegengenommen hat, haben wir diese auf der Staatskanzlei abgegeben. Eine Empfangsbestätigung wurde versprochen, ist aber nie eingetroffen. Deshalb schreibt die Personalverbändekonferenz einen offiziellen Brief, in dem sie das Vorgehen des Kantonsrates kritisiert und eine Antwort mit einer Begründung einfordert, gleichzeitig aber auch signalisiert, dass sie zu einem Gespräch bereit ist. Aus verschiedenen Reaktionen der Politiker kann man schliessen, dass die Aktion ihre Wirkung nicht verfehlt hat.

Wann das Personalgesetz nun tatsächlich in Kraft gesetzt werden soll, ist immer noch unklar. Nach neuesten Meldungen ist der frühest mögliche Zeitpunkt der 1. Januar 2012. Bis dahin gelten weiterhin die Regelungen des aktuellen Gesetzes. Obwohl wir alles andere als glücklich über das revidierte Gesetz sind, geht es nun darum, den Schaden möglichst in Grenzen zu halten. Da die Lehrpersonen zukünftig nicht mehr per Verfügung angestellt werden, braucht es neue Verträge und Abmachungen. Gemeinsam mit dem Verband St. Galler Volksschulträger und dem Bildungsdepartement werden wir Rahmenverträge ausarbeiten, die dann den Schulgemeinden zur Verfügung gestellt werden. Damit soll verhindert werden, dass jede Gemeinde eigene Anstellungsverträge kreiert. Wir treffen uns deshalb übermorgen zu einer gemeinsamen Sitzung und sind zuversichtlich, dass wir im Rahmen der Möglichkeiten eine vernünftige Lösung erarbeiten können.

OS 2012 (HB/Originaltext)

Gerne informiere ich euch über zwei aktuelle Themen. Das eine betrifft vor allem euch, das zweite eher die Schüler, aber damit natürlich indirekt auch wieder euch.

Letztes Jahr sagte ich an dieser Stelle: Wir sind gespannt, welche Schlüsse aus der Vernehmlassung gezogen werden. - Und sie wurden gezogen. Am 21. Dezember 2010 hat die Regierung die neue Lektionentafel erlassen. Die ursprüngliche 1. Fassung wurde an den Informationsveranstaltungen und in den Vernehmlassungen der verschiedenen Gremien heftig kritisiert. Dies hat Wirkung gezeigt und die meisten der bemängelten Punkte wurden korrigiert, so dass jetzt eine praktikable Lektionentafel vorliegt, die von einem Grossteil der Lehrpersonen mitgetragen werden kann.

An der letzten Lenkungsausschusssitzung vom 7. März haben wir auch die Handreichungen nochmals überarbeitet, so dass wir nun auch hinter diesen stehen können. Sie sollen die Schulbehörden, die Schulleitungen, die Stundenplaner und natürlich nicht zuletzt die Lehrpersonen bei ihrer Arbeit unterstützen und ihnen bei der Modellwahl behilflich sein. Sind doch neu vier verschiedene Varianten möglich:

- Altes System beibehalten,
- Niveaugruppen in Englisch oder in Mathematik, oder
- Niveaugruppen in beiden Fächern.

Wir sind zuversichtlich, dass nun die einzelnen Schulgemeinden eine für sie sinnvolle Variante wählen können, die schlussendlich - und darum geht es ja - den Jugendlichen zu Gute kommt und für die Lehrpersonen vernünftige Arbeitsbedingungen ermöglicht.

Erfreulich ist auch, dass 2010 rund 100 Lehrpersonen die Advanced- oder Proficiencyprüfung erfolgreich abgelegt haben. Dass dies einen beträchtlichen Effort verlangt hat, streichen wir bei jeder passenden Gelegenheit heraus. Nach dem Motto: Tue Gutes und erzähle davon. Zur Zeit erarbeitet die PHSG den Englischlehrplan für die Oberstufe. Weiter wird überprüft, ob auch der Teilbereich Französisch überarbeitet werden muss.

Zwingend muss auch das Übertritts- und Promotionsreglement den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die Fachgruppe hat einen Vorschlag erarbeitet, denn der Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe muss bis Sommer 2011 geregelt sein. Das vollständig überarbeitete Reglement soll dann auf den Sommer 2012 in Kraft treten.

Weil ab Sommer 2012 auf der Oberstufe vier verschiedene Modelle möglich sind, muss ein modellunabhängiges Reglement erarbeitet werden, das auf der einen Seite die Grundsätze von 'Fördern und Fordern' berücksichtigt, aber auch die Durchlässigkeit in alle Richtungen gewährleistet. Es ist deshalb durchaus möglich, dass die Probezeiten und die provisorischen Promotionen abgeschafft werden. Auch die Zeugnisse müssen überarbeitet und angepasst werden. Da sich das Übertrittsprozedere von der Primarstufe in die Oberstufe bewährt hat, soll es im Grundsatz beibehalten werden. Deshalb soll auch die Zuweisung weiterhin durch die Primarschule erfolgen. Es ist auch denkbar, dass die Übertritte und Umstufungen neu durch die Schulleitungen verfügt werden können. Denn ein weiteres Ziel ist es auch, die Lehrpersonen möglichst zu entlasten.

Weil diese Problematik sehr vielschichtig ist, werden wir uns Ende April zu einer zusätzlichen Sitzung treffen, um ein möglichst praxistaugliches Reglement zu erarbeiten. In der Hoffnung, dass uns dies auch gelingt, möchte ich hier schliessen und gebe das Wort meinen Kollegen weiter.

Neues Pensionskassengesetz (WK)

An der letzten DV berichtete WK, dass SGV und KLV in diesem Thema der Stecker gezogen und die Stromquelle gewechselt wurde. Sein Aufruf lautete: Gewehr bei Fuss, Munition bunkern, Waffenpflege. Seither ist der KLV jedoch nicht untätig geblieben. Es gab einen engen Schulterschluss mit Norbert Stieger vom SGV. Die Entwicklungen sind in 6 Punkten zusammenzufassen

1. Die Entwicklung auf Bundesebene, dass das BVG mit der Forderung nach obligatorischer Parität noch in diesem Jahr in Kraft gesetzt werden soll, könnte dem ganzen Projekt nochmals eine ganz andere Dynamik – zu unseren Gunsten – geben.

2. RR Kölliker hat versprochen, dass er die Sozialpartner in Bälde informiert.
3. Mit RR Gehrer fand eine Besprechung wegen des Bundesgerichtsentscheids zu den Pensionskassengeldern statt. Der KLV verlangt 4% Zins, was eine Endsumme von 36 Mio.Fr. ergeben würde, die in die Pensionskasse zurückfliessen müsste. RR Gehrer bietet 8 Mio. Fr. Sollte das Angebot der Regierung nicht besser werden, wird allenfalls eine neue Klage angestrebt.
4. Der KR hat bei der Budgetierung strenge Sparmassnahmen vorgegeben. Es sollen beim Staatspersonal 35 Mio.Fr. eingespart werden. Daher schlägt RR Gehrer eine Etappierung bei der Einführung der Pensionskasse vor. Die Einführung auf den 1.1.13 ist damit einmal mehr in Frage gestellt
5. WK hat sich zusammen mit Norbert Stieger mit dem Juristen Franco Delessert aus dem FD getroffen. Am letzten Montag hat dieser Jurist im Departement die Kündigung eingereicht. WK vermutet einen Gewissenskonflikt im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Pensionskasse.
6. Auf dem „Latrineweg“ hat WK erfahren, dass die Finanzkommission gern vorwärts machen würde, RR Gehrer aber eher vorsichtig vorgehen will.

Fazit: Wir müssen uns wohl noch auf einen längeren Prozess einstellen.

2. MASSNAHMENPAKET VON RR KÖLLIKER FÜR DIE LEHRPERSONEN (HV/ORIGINALTEXT)

In einem politischen Umfeld, wo für die Politiker vor allem die Wiederwahl wichtig ist und sie hoffen, durch Steuersenkungen die Wählerschaft auf ihre Seite zu ziehen, ist es für uns Gewerkschafter ausserordentlich schwierig Verbesserungen zu erzielen. Sparpakete wie dasjenige in der Februarsession und das geplante Sparpaket bei dem beim Personal rund 35 Mio Fr. eingespart werden sollen, machen unsere Arbeit auch nicht leichter. Trotzdem wiesen wir in den letzten Monaten intensiv auf die unbefriedigende Situation in der Schule hin und zeigten auf, welche Verbesserungen nötig wären. Beim Beurteilen der Vorschläge zur Stärkung der LP von R.R.Kölliker kann man nun geteilter Meinung sein, trotzdem bin ich froh, kann ich euch überhaupt Vorschläge kommentieren, denn in unserem Worst Case Szenario gab es auch die Variante mit gar keinen Verbesserungen.

Ich werde nun auf die einzelnen Punkte des Massnahmenpakets, das ich eingangs aufzeigte, genauer eingehen. Dabei erwähne ich jeweils zuerst die geplante Massnahme, stelle dann unsere Forderung gegenüber und versuche zum Schluss die Massnahme zu beurteilen und ein allfälliges weiteres Vorgehen aufzuzeigen. Ihr werdet im Anschluss an die Ausführungen die Gelegenheit bekommen, dazu Stellung zu nehmen.

Reduktion der Pflichtlektionen von 28 auf 27 Lektionen.

Unsere Forderung bestand darin, dass die Anzahl Lektionen auf höchstens 26 gesenkt werden sollte. Hauptargument war von unserer Seite her, dass durch die Senkung der Anzahl Lektionen die Erfüllbarkeit des Berufsauftrags wieder möglich wäre und damit die Lehrpersonen wieder vermehrt im Vollpensum arbeiten könnten.

Ein weiteres Ziel war, das Gehalt pro Lektion erhöhen zu können.

Mit der vorgeschlagenen Lösung kommen wir unseren Zielen nur einen Schritt näher. Mit einer Reduktion auf 26 Lektionen hätte der Kanton St.Gallen für einmal eine Vorreiterrolle spielen können, die Chance wird nun nicht genutzt. Trotzdem sind wir zukünftig laut LCH Statistik schweizweit eine der wenigen Kantone, in denen die Lehrpersonen im Vollpensum nur 27 Lektionen unterrichten müssen.

Das Gehalt pro Lektion erhöht sich um rund 4%. Was durchaus eine Verbesserung ist.

Sollte sich der Lehrermangel so zuspitzen, wie wir das prognostizieren und andere betroffene Kantone zudem weitere Verbesserungen bei den Löhnen und der Anzahl Lektionen vornehmen, werden wir mit Sicherheit schon bald eine weitere Senkung der Lektionenzahl fordern.

Weihnachtsferien auf zwei Wochen ausdehnen.

Wir forderten, dass wir zukünftig nur noch 39 Schulwochen, wie die meisten Kantone, unterrichten müssen. Wir begründeten diese Forderung damit, dass wir mit den anderen Kantonen gleichgestellt werden

wollen. Das Problem, dass es an Weihnachten viele Dispensationen gibt und die Schulgemeinden diese unterschiedlich handhaben, könnte damit gelöst werden.

Mit der vorgeschlagenen Lösung werden unsere Wünsche teilweise erfüllt. Während gewissen Jahren werden wir tatsächlich nur 39 Wochen unterrichten, während anderen bleibt es bei 40 Wochen. Die Problematik mit den Dispensationen an Weihnachten ist gelöst. Die Weihnachtsferienlösung scheint akzeptabel zu sein, denn wir gewinnen immerhin einige unterrichtsfreie Tage und das Gehalt pro Lektion wird damit zusätzlich erhöht.

Gehaltsmassnahmen: Schaffung einer Delegationsnorm mit der Möglichkeit, dass die Regierung die Einstiegsgehälter kurzfristig und befristet anheben kann.

Wir forderten eine Lohnanpassung für alle Lehrpersonen.

Die Regierung sieht vor, im Bedarfsfall und befristet die Anfangsgehälter speziell bei den Primarlehrpersonen von Lohnstufe A1 in die Lohnstufe A2 oder A3 anzuheben. Das BLD hat ausgerechnet, wie sich eine solche Anhebung auf das Ranking bei den Gehältern zu den Vergleichskantonen verändern würde. Bei den Primarlehrpersonen würde die Anpassung eine Verbesserung ins erste Drittel, wie wir es ja verlangen, bringen. Bei den Oberstufenlehrpersonen würde ein Anstieg dazu führen, dass deren Gehälter selbst diese von Zürich überholen würden, das scheint R.R.Kölliker des Guten dann doch zu viel. Er wird diese Variante kaum je vorschlagen.

Mit der Übertragung der Kompetenz an die Regierung (Delegationsnorm), in gewissen Fällen Lohnerhöhungen kurzfristig auszusprechen, werden unsere Forderungen nicht erfüllt. Realistischerweise (der Kantonsrat will 35Mio beim Staatspersonal sparen) ist die vorgeschlagene Lösung nicht die schlechteste, zufrieden können wir aber nicht sein. Da mit dieser Stillhaltmassnahme kein Problem gelöst wird, müssen wir wiederum bei jeder Gelegenheit betonen, dass die Gefahr gross ist, dass andere Kantone unsere Studienabgänger und auch unterrichtende LP vermehrt abwerben werden (letztes Jahr waren dies 50% der Abgänger der PHSG). Wir werden auch genau beobachten, wie sich der Lehrermangel entwickelt und bei Bedarf die Anhebung der Gehälter wie vorgeschlagen einfordern.

Andererseits ist uns klar, dass wir, sobald sich die Situation bei den Finanzen beruhigt und bevor die nächste Steuersenkung angegangen wird, unsere Ansprüche wieder geltend machen.

Überarbeitung des Berufsauftrages

Endlich wurde der Entscheid gefällt, einen neuen Berufsauftrag zu schaffen.

Diese Forderung ist somit erfüllt.

Ein neues Arbeitszeitmodell (Bsp. LU)

Beim neuen Berufsauftrag ändert sich auch das Arbeitszeitmodell. (Pius Egli stellte uns vor einem Jahr den Luzerner Berufsauftrag mit dem entsprechenden Arbeitszeitmodell vor)

Mit dem neuen Arbeitszeitmodell bekommen wir die Chance, unsere Arbeitszeit besser in den Griff zu bekommen. Die detaillierte Ausarbeitung muss eng begleitet werden. Die SL dürfen nicht zu viel Macht bekommen.

Flexibilisierung des Unterrichtspensums (Bandbreitenmodell)

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist eine unserer Forderungen. Es muss zukünftig möglich sein, dass Spezialisten in den Schulhäusern ihre Spezialistenarbeit nicht mehr zu einem unterbezahlten Lohn ausserhalb des Vollpensums leisten müssen, sondern dass diese Arbeit ein Teil dessen ist.

Diese Neuerung bringt eine echte Verbesserung mit sich.

Weitere Verbesserungen:

Vollzugshilfen Blockzeiten und Fremdsprachen

Weiterbildungsangebot: "Eine Schule für alle - Ressourcen erkennen, aufbauen, nutzen" zum Umgang mit Lernschwierigkeiten.

Case Management Berufsbildung „Plan B“

Kostenloses Unterrichtspaket „Lehreroffice“

Diese weiteren „Verbesserungen“ sind im Ansatz in Ordnung. Den grossen Coup stellen sie aber nicht dar. Immerhin kann man unserem Bildungschef nicht vorwerfen, sich nicht zu bemühen und nicht nach Lösungen zu suchen.

Nach dem Motto: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach, möchten wir euch beliebt machen, das Massnahmenpaket im Grundsatz zu akzeptieren. Sich dafür einzusetzen, dass die konkreten Punkte auch umgesetzt werden und darauf zu verzichten Massnahmen dagegen zu ergreifen.

HV eröffnet die Diskussion:

Votum: Bei der Senkung der Lektionenzahl besteht die Gefahr von Ungerechtigkeit gegenüber SHP und Therapeutinnen.

HV: Die Sonderklassenlehrpersonen dürfen einen eigenen Vorschlag eines Arbeitszeitmodells für ihr Personal in den Lenkungsausschuss einbringen.

Votum: Wie steht es mit der Stundenreduktion bei den Fachlehrkräften?

HV: Die Fachlehrpersonen sind gleichgestellt mit den Klassenlehrpersonen.

Votum: Mit nur einer Lektion Entlastung wird es nach wie vor nicht möglich sein, bei einem Vollpensum den Beruf bis zur Pensionierung gesund ausüben zu können. Die Forderung nach genügend Entlastung wird damit nicht erfüllt.

HV: In der Ausarbeitung des Berufsauftrags wird soweit wie möglich auf diesen Punkt geachtet.

Votum: Die Lektionenzahl wird gesenkt, warum nicht die Lektionsdauer in der Primarschule von 50 auf 45 Minuten?

HV: Auf der Primarstufe 5 Minuten Reduktion pro Lektion, in der OS 1 Wochenlektion – dies wäre nicht goutiert worden. Die Diskussion der Lektionenkürzung ist jedoch noch nicht vom Tisch.

Votum: Der KG ist mit den Vollzugshilfen nicht zufrieden: Der KLV soll Massnahmen im KG zur Entschärfung der Blockzeiten unterstützen.

HV: Nimmt den Auftrag entgegen.

Votum: Eine Arbeitsplatzbewertung müsste in den Berufsauftrag einfließen.

HV: Dieses Anliegen kommt zu spät. Es bräuchte lange Abklärungen. Die Stufen können jedoch Anliegen einbringen. Mit den vorliegenden Vorschlägen können im Berufsauftrag auch diesbezüglich einige Verbesserungen erreicht werden.

Votum: Die US wäre nicht glücklich über 45 Minuten Lektionen – dies bringt keine wirkliche Entlastung.

HV betont, dass ein gemeinsames Vorgehen aller Stufen - nicht nur in diesem Punkt - wichtig ist.

Votum: Es wird im Grunde genommen nur die Überzeit kompensiert. Für eine wirkliche Reduktion der Arbeitszeit muss an den 26 Lektionen festgehalten werden.

Nicht alle vorgeschlagenen Punkte sind wirkliche Entlastungen. Zum Beispiel ist Plan B in der OS eher eine Mehrbelastung

HV: Eine Kompensation der Überzeit ist das Äusserste was möglich ist – eine reelle Arbeitszeitverkürzung ist nicht realistisch im Moment. Der Lehrpersonenmangel in SG ist noch nicht so hoch – dies gäbe mehr Druck. Wir bleiben dran.

HV geht nun zur Abstimmung über:

Wer ist dafür, das Massnahmenpaket im Grundsatz so zu akzeptieren?

Dafür: 73 Gegenmehr: 18 Enthaltungen: 4

Wer ist damit einverstanden, dass keine Massnahmen gegen das vorgeschlagene Massnahmenpaket ergriffen werden? (auch keine Aktionen in Teams und Sektionen)

Dafür: 51 Gegenmehr: 6 Enthaltungen: 36

Damit steht die DV im Grundsatz hinter dem Massnahmenpaket.

Eine entsprechende Medienmitteilung wird verschickt.

3. STILMITTEL: BASISBEFRAGUNG (CP/HV)

CP stellt die Resultate der Umfrage vor. Ein Blatt mit der Zusammenfassung wurde den Delegierten auf den Platz gelegt. CP bedankt sich an dieser Stelle nochmals bei allen, die den Fragebogen ausgefüllt haben. Fast 2500 Lehrpersonen haben teilgenommen. Ein besonderer Dank geht an die Sektionspräsidenten, die die Bogen eingesammelt und ausgewertet haben. Interessant sind auch die vielen Kommentare und Anregungen. Aus der Umfrage geht ganz klar hervor, dass der KLV weiterhin konstruktiv verhandeln soll. Dies soll vor allem in Gesprächen und Aussprachen mit den Sozialpartnern geschehen. Die Lehrpersonen finden es jedoch auch sehr wichtig, dass auf schriftlicher Ebene, in Form von Leserbriefen, Pressemitteilungen und schriftlichen Protesten, intensiv gearbeitet wird. Ebenfalls eine schöne Mehrheit der Lehrpersonen findet eine Resolution ein geeignetes Mittel, um für unsere Anliegen zu kämpfen. All die weiteren genannten Stilmittel finden bei der Lehrerschaft keine Mehrheit. Diesbezüglich wurde vor allem bei den Bemerkungen darauf aufmerksam gemacht, dass unser Vorgehen unserem Image, den Kindern oder den Eltern nicht schaden sollen.

Aus der Erfahrung der letzten Monate und aufgrund der Resultate der Umfrage schlägt HV vor, nach folgendem Muster zu arbeiten:

1. sozialpartnerschaftliche Gespräche
Aussprachen und Kontakte mit dem SGV
Treffen mit Regierungsräten
Treffen mit Parlamentariern/ Bildungskommission/Fraktionen
Newsletter (KLV) an Parlamentarier und Regierung (bei Bedarf, ev. mit der Zeit regelmässig)
Brief an Parlamentarier nach Bedarf
2. schriftlicher Protest
3. Pressemitteilung
4. Leserbriefe – auf die Mithilfe der LP angewiesen
5. Pressekonferenz
6. Resolution
7. Rechtsweg (bei Bedarf)

Die Diskussion um die Stilmittel soll in der Pause geführt werden. Nach der Pause wird das Thema nochmals aufgegriffen, zur Diskussion gestellt und verabschiedet.

PAUSE

HV präzisiert nochmals die Stellungnahme zum Massnahmenpaket, da in der Pause Missverständnisse geortet wurden:

Der KLV unterstützt die Grundlagen des ersten Massnahmenpakets. Gemeint sind die drei Punkte Ferien, Berufsauftrag und Stundenreduktion. Weitere aufgeführte Massnahmen (Umsetzungshilfen) sind nicht wirklich neu und werden kritisch beurteilt. Keine weitere Massnahme bezieht sich auf die zitierten drei Punkte. Eventuell wird nach der Umsetzung des ersten ein zweites Massnahmenpaket gefordert, welches unsere unerfüllten Forderungen beinhaltet.

HV fragt nach, ob die Abstimmung wiederholt werden soll. Dies wird nicht gewünscht.

Diskussion Stilmittel

Votum: Die Demonstration soll als Stilmittel im Hinterkopf behalten werden.

HV: Dieser Punkt wurde bei der Umfrage nur von 30% gewünscht. Deshalb wird im Moment darauf verzichtet. Dies heisst nicht, dass dieses Stilmittel in Zukunft nicht genutzt wird.

Votum: Was, wenn das Paket so nicht oder abgeschwächt vom Parlament abgeseget wird?

HV: Die Chancen stehen gut, da die Massnahmen fast kostenneutral ausfallen. Sollte es anders kommen als erwartet, werden wir reagieren müssen.

Votum: Das Lehreroffice birgt die Gefahr, dass SL oder Behörden Einblick nehmen können.

HB: Dies muss vom Rechtsdienst geklärt werden. Das Anliegen wird aufgenommen.

HV schreitet zur Abstimmung über die Stilmittel: Wer unterstützt die vorgeschlagene Vorgehensweise?

Zustimmung: 94 Ablehnung: 1 Enthaltungen: 0

4. SONDERPÄDAGOGIKGESETZ (HV/ORIGINALTEXT)

Da die Zeit schon ziemlich fortgeschritten ist, schlägt HV nur ein kurzes Eintreten auf das Sonderpädagogikgesetz vor. Vertiefte Informationen zu einzelnen Themen werden, sobald die Vernehmlassung gestartet wird, an die Betroffenen verschickt.

Seit dem Januar 2011 liegt der Vorentwurf zum XI. Nachtrag zum Volksschulgesetz mit dem Gesetz und der dazugehörenden Botschaft vor. Eigentlich war eine Vernehmlassung ab Ende Februar bis Mitte Juni geplant gewesen. In der Zwischenzeit hat sich die Situation aber geändert. Am 16. Februar bestimmte der Kantonsrat im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Begrenzung des strukturellen Defizits des Staatshaushaltes, dass die pauschale Abgeltung der Gemeinden an den Sonderschulbesuch so erhöht wird, dass der Kanton ab den Jahren 2013 und 2014 um je 10 Mio Fr. entlastet wird. Da die kommunale Sonderpauschale auch Thema des XI. Nachtrags zum VSG ist, d.h. des Sonderpädagogik-Konzeptes, hat die Regierung am 28.2.2011 beschlossen, dass die Vernehmlassung aufgeschoben wird, solange der Beschluss des Kantonsrats nicht umgesetzt ist. In der Zwischenzeit gilt das aktuelle Gesamtkonzept aus dem Jahre 2006.

Weiteres geplantes Vorgehen:

- Bis im August muss die neue Sonderschulpauschale festgelegt sein
- nach dem Rücktritt von Franziska Moser, der Leiterin des Projekts, aus dem ER wird an der nächsten Sitzung des ER diese Woche ein Ersatz gewählt.
- Gegenwärtig werden die Statistikzahlen der Botschaft überprüft und verifiziert. Kritische Stimmen zweifeln diese an. Das Sonderpädagogik-Konzept wird ausgearbeitet.
- Die Massnahme 33 (Sonderschulpauschale) wird in der 2. Sammelbotschaft im Herbst dem Kantonsrat vorgelegt werden.
- Das erklärte Ziel ist es, die ausstehende Vernehmlassung noch in diesem Jahr zu starten.
- Einführung des Sonderpädagogik-Konzeptes ist auf 2013 möglich.

In der Migroszeitung vom 21.3.2011 habe ich mit grossem Interesse einen Artikel gelesen, in dem beschrieben wird, wie in einem Bieler Schulhaus auf der Oberstufe Integration gelebt wird. Es gibt dort zwei Klassen, in denen Kleinklassenschüler, Real- und Sekundarschüler und Gymianwäter vereint sind. Das Modell scheint zu funktionieren, denn eine begleitende Evaluation des Projektes hat ergeben, dass die Sozialkompetenz der Schüler markant verbessert wird und das Niveau der Sekundarschüler nicht sinkt. Bis hierhin tönt alles recht gut.

Wo Sonne ist, gibt es auch Schatten und der bleibt auch in diesem Bieler Modell nicht aus. Die Belastung der Lehrpersonen ist ungleich höher als in separierenden Modellen, zeitweise waren die LP am Limit angelangt. Entlastende Massnahmen verbesserten dann die Situation und alle Beteiligten sind nun grundsätzlich zufrieden mit der Situation. Trotzdem scheint das Modell demnächst auszulaufen, denn um solche Klassen auf Dauer so führen zu können, bräuchte man wesentlich mehr Ressourcen. Das Modell sei wohl einfach zu visionär, sagt der Leiter des Projektes. Was können wir aus diesem Versuch ableiten?

Integration ist durchaus sinnvoll, wenn die Rahmendbedingungen stimmen. Da wir uns aber in einer Phase des Sparens bewegen und das schon länger und der Kantonsrat wohl nur gerade so viel Geld locker macht wie nötig, sollten wir uns an folgenden Grundsatz halten:

So viel Integration wie möglich, so viel Separation wie nötig. Je intensiver und spezifischer der besondere Bildungsbedarf ist, desto eher ist Separation angezeigt.

Positiv ist der Entscheid des Kantons auf die integrative Sonderschulung zu verzichten.

5. MITGLIEDERBEITRAG 2010/11

Der Mitgliederbeitrag ist für das Verbandsjahr 2011/12 auf 60 Fr. zu belassen. Dies wird einstimmig angenommen. Es wird informiert, dass im nächsten Jahr eine Erhöhung des Beitrags absehbar ist.

6. BUDGET 2010/11

Das Budget wird gemäss den verschickten Unterlagen einstimmig angenommen.

7. ANTRÄGE

Es wurden keine Anträge fristgerecht eingereicht.

7A) WAHLEN LCH DELEGIERTE

Da Ruedi Hofmänner zurückgetreten ist und der KLV SG neu einen Delegierten mehr an die DV des LCH schicken kann, müssen 2 neue Delegierte gewählt werden.

Vorgeschlagen werden Esther Probst, Rico von Rotz (alternierend mit PH) und Patrick Huber (alternierend mit RvR), alle Mitglieder der GL. Sie werden in Globo einstimmig gewählt.

8. DIVERSES

HV bedankt sich bei den Co-Präsidentinnen der Sektion Werdenberg nochmals für die Organisation der DV und überreicht ihnen einen Blumenstrauss.

9. UMFRAGE

Dani Baumgartner ruft zur Wahlbeteiligung bei den Kantonsratswahlen im nächsten Jahr auf. Es ist wichtig, dass die Lehrpersonen wieder besser im KR vertreten sind und bildungsfreundliche Vertreter und Vertreterinnen unterstützt werden. Auch die Werbung im eigenen Umfeld ist wichtig.

HB: Der KLV wird wieder Wahlempfehlungen herausgeben. Er wird die zu Unterstützenden kritisch prüfen.

Herbst DV

Samstag, 29. Oktober 2011 in Rorschach

Frühlings DV

Mittwoch, 4. April 2012 im Obertoggenburg

HV dankt für die gute DV und die konstruktiven Beiträge und schliesst die Delegiertenversammlung.

Anschliessend sind alle Anwesenden zum Apéro und zum gemeinsamen Nachtessen im Restaurant Buchserhof eingeladen.

Walenstadt, 11. April 2011

Die Protokollführerin

Esther Probst